

Antrag

**der Abg. Dr. Erik Schweickert und
Nikolai Reith u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Unterstützung und Förderung der Luft- und Raumfahrt in Baden-Württemberg durch die Landesregierung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele und welche Regierungsmitglieder (Minister und Staatssekretäre) sowie wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesministerien in den Jahren 2018 und 2022 die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) in Berlin aus dienstlichen Gründen besucht haben;
2. wie viele und auf welche Art und Weise sie in den letzten fünf Jahren Messebeteiligungen im Bereich Luft- und Raumfahrt unterstützt hat, entweder durch direkte Maßnahmen der Landesministerien oder durch der Landesregierung nachgelagerten Organisationen wie bspw. den Landesagenturen;
3. nach welchen Kriterien die Landesregierung oder ihr nachgelagerte Organisationen entscheiden, ob sie Messebeteiligungen, Messebesuche oder Messestände unterstützt;
4. wie sie die Unterstützung der Luft- und Raumfahrtbranche auf einschlägigen Messen durch andere Bundesländer mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet (bspw. der Bayern-Pavillon auf der ILA 2022 oder ein eintägiger Besuch durch den sächsischen Ministerpräsidenten auf der ILA 2022), insbesondere vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg ein Top-Standort für die Luft- und Raumfahrtindustrie ist;
5. welche Informationen ihr dazu vorliegen, wie viele der in Baden-Württemberg tätigen Unternehmen der Luft- und Raumfahrt ebenso a) militärische Produkte oder b) Produkte, die potenziell sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können (dual-use) in Entwicklung oder im Angebot haben;

Eingegangen: 18.7.2022 / Ausgegeben: 14.9.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

6. inwiefern eine militärische Verwendung oder eine dual-use-Verwendung von Produkten für die Landesregierung ein Faktor bei der Entscheidung ist, bestimmte Wirtschaftsbranchen organisatorisch, ideell oder finanziell zu unterstützen;
7. inwiefern sie die Einschätzung teilt, dass die Rüstungsindustrie eine absolute High-Tech-Branche ist, die wertschöpfungsintensive, gut bezahlte Arbeitsplätze bietet und signifikante Ausstrahlungen über die eigene Branche hinaus hat;
8. inwiefern es in den letzten fünf Jahren Anfragen an die Landesregierung für Finanzierungsunterstützungen von Firmen der Rüstungsindustrie oder Firmen mit dual-use-Produkten gab und wie diese beschieden wurden (bspw. Kredite, Exportfinanzierungen, Bürgschaften, Rückabsicherungen, Fördermittel, etc.);
9. inwiefern es aktuell oder in den letzten fünf Jahren Aktivitäten der Landesregierung gab, die direkt darauf abzielen, die Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg zu unterstützen;
10. was der aktuelle Stand der angekündigten „Raumfahrtinitiative BW“ (vgl. Stellungnahme zu Ziffern 9 und 10 in Drucksache 17/1285) ist und welche Inhalte diese (voraussichtlich) umfassen wird;
11. welche Erwartungen sie an die ESA Ministerratskonferenz im November 2022 in Paris hat und welche Bedeutung deren Ergebnisse für den Luft- und Raumfahrt-Standort Baden-Württemberg haben;
12. in welcher Form sie sich in diese Ministerratskonferenz bereits eingebracht hat oder noch einzubringen plant.

18.7.2022

Dr. Schweickert, Reith, Scheerer, Bonath, Brauer, Fischer, Goll, Haag, Haußmann, Hoher, Dr. Jung, Dr. Rülke, Trauschel, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist ein sehr wichtiger, zukunftssträchtiger Industriezweig und Baden-Württemberg einer der Top-Standorte in Deutschland dafür. Die Bedeutung für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, aber auch die Auswirkungen über die eigene Branche heraus sind sehr wichtig. Die Unterstützung dieser Branche hat daher eine hohe Bedeutung für Baden-Württemberg. Daher erkundigt sich der Antrag danach. Von besonderem Interesse ist dabei auch, inwiefern eine mögliche militärische oder dual-use-Verwendung von Produkten der Luft- und Raumfahrtindustrie zu einer geringeren Unterstützung führt, inwiefern also ideologische Gründe zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg führen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. September 2022 Nr. WM33-42-52/322 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. wie viele und welche Regierungsmitglieder (Minister und Staatssekretäre) sowie wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesministerien in den Jahren 2018 und 2022 die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) in Berlin aus dienstlichen Gründen besucht haben;

Zu 1.:

Im Jahr 2018 besuchte die Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau a. D. Katrin Schütz in Begleitung eines Referenten den Gemeinschaftsstand des Netzwerks Forum Luft- und Raumfahrt Baden-Württemberg e. V. (LR BW) und weitere Aussteller aus dem Land. Für das Jahr 2020 plante Frau Staatssekretärin a. D. Schütz ebenfalls einen Rundgang auf der Messe ILA, die Messe wurde aber aufgrund der Coronapandemie abgesagt.

Im Jahr 2022 konnte aufgrund von Terminüberschneidungen der Hausspitze des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus kein Besuch auf der ILA vorgesehen werden.

2. wie viele und auf welche Art und Weise sie in den letzten fünf Jahren Messebeteiligungen im Bereich Luft- und Raumfahrt unterstützt hat, entweder durch direkte Maßnahmen der Landesministerien oder durch der Landesregierung nachgelagerten Organisationen wie bspw. den Landesagenturen;

Zu 2.:

Die Ministerien selbst förderten Messeauftritte nicht direkt. Im Jahr 2016 beteiligte sich Baden-Württemberg International (BW_i) mit 15.000 Euro am Gemeinschaftsstand des LR BW bei der ILA. Im Jahr 2018 betrug die von BW_i bereitgestellten Fördermittel 14.280 Euro. Bei der ILA 2022 erfolgte keine direkte Förderung durch BW_i, jedoch beteiligte sich BW_i als Kooperationspartner am Gemeinschaftsstand LR BW.

Im Kontext mit der Eröffnung des Baden-Württemberg Hauses auf der EXPO 2020 Dubai fand Anfang Oktober 2021 unter Beteiligung von Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut ein Luft- und Raumfahrtforum mit Vertretern des Mohammed Bin Rashid Space Center (MBRSC) statt. Dieses wurde von BW_i und dem LR BW gemeinsam mit dem MBRSC organisiert und diente einer beidseitigen Präsentation der Luft- und Raumfahrtstandorte zur Eruiierung von Kooperationspotenzialen. Zudem wurden den Besuchern des Baden-Württemberg Hauses im Rahmen des Events „EXPOloration – Radical Space Innovations from Baden-Württemberg“ auf einer virtuellen Reise beispielhafte Raumfahrtunternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Land vorgestellt. Diese Aktivitäten des LR BW in den Vereinigten Arabischen Emiraten als aufstrebende Raumfahrtnation wurden über das Clusterförderprogramm von BW-i finanziell unterstützt. Der Kontakt mit dem MBRSC wird nach Ende der EXPO 2020 Dubai weiter intensiviert, um die Markterschließung zum Vertrieb von Raumfahrttechnologien und Komponenten voranzutreiben.

3. nach welchen Kriterien die Landesregierung oder ihr nachgelagerte Organisationen entscheiden, ob sie Messebeteiligungen, Messebesuche oder Messestände unterstützt;

Zu 3.:

Grundsätzlich ist die Bedeutung der Messe für die Wirtschaft in Baden-Württemberg das entscheidende Kriterium für Messebeteiligungen, Gemeinschaftsstände und auch für Besuche der Landesregierung auf Messen. Bei Messebesuchen durch die Landesregierung spielt außerdem die terminliche Verfügbarkeit eine Rolle.

4. wie sie die Unterstützung der Luft- und Raumfahrtbranche auf einschlägigen Messen durch andere Bundesländer mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet (bspw. der Bayern-Pavillon auf der ILA 2022 oder ein eintägiger Besuch durch den sächsischen Ministerpräsidenten auf der ILA 2022), insbesondere vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg ein Top-Standort für die Luft- und Raumfahrtindustrie ist;

Zu 4.:

Die Landesregierung misst der Unterstützung der Luft- und Raumfahrtbranche auf einschlägigen Messen eine hohe Priorität zu. Dies gilt natürlich insbesondere in Bezug auf die ILA Berlin als der führenden Branchenmesse in Deutschland. Was die Größe der Gemeinschaftsstände der Bundesländer betrifft, sind die baden-württembergischen Akteure gut vertreten. Die Gemeinschaftsstände des LR BW, BodenseeAire/Wirtschaftsförderung Bodenseekreis und Deutsches Zentrum für Satelliten-Kommunikation e. V. Backnang (DESK) wiesen in Summe eine Fläche von 285 qm auf. Die größeren Beteiligungen anderer Bundesländern auf der ILA 2022 waren: Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg (267 qm, als Sitzland der ILA), BavAIRia e. V. (Bayern): 192 qm und Wirtschaftsförderung Sachsen: 180 qm.

Die Unterstützung der Luft- und Raumfahrtbranche wird auch dadurch ausgedrückt, dass Vertreterinnen und Vertreter der Hausspitze des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus häufig bei einschlägigen Veranstaltungen der Branche beteiligt sind, bei denen jeweils auch Unternehmen ausstellen, und dort einen engen Dialog mit den Branchenvertretern führen. Unter anderem traf dies in den zurückliegenden zwölf Monaten für den an Schülerinnen und Schüler gerichteten Raumfahrttag mit vorgeschaltetem Schülerwettbewerb „Mission Zukunft – Von Baden-Württemberg ins All“, die Jubiläumsveranstaltung des LR BW, den 2. Summit FutureAviation des LR BW am Stuttgarter Flughafen und das Round Table-Gespräch im Rahmen der in Stuttgart veranstalteten „European Astronaut Reunion 2022“ zu.

5. welche Informationen ihr dazu vorliegen, wie viele der in Baden-Württemberg tätigen Unternehmen der Luft- und Raumfahrt ebenso a) militärische Produkte oder b) Produkte, die potenziell sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können (dual-use) in Entwicklung oder im Angebot haben;

Zu 5.:

Die Erhebung und Veröffentlichung von Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes erfolgt nach der amtlichen „Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008 (WZ 08)“. Diese Klassifikation ist nach Branchen gegliedert (z. B. Herstellung von Metallerzeugnissen, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen usw.). Praktisch können Unternehmen verschiedenster Branchen sowohl für sicherheits- oder verteidigungstechnische als auch für zivile Zwecke produzieren. Ein getrennter Nachweis des Einsatzzwecks der hergestellten Güter erfolgt in den Erhebungen des Statistischen Landesamts bzw. des Statistischen Bundesamts Destatis zum Verarbeitenden Gewerbe nicht. Insofern können hierzu keine allgemeingültigen Aussagen getroffen werden.

Eine Auswertung des Kompetenzatlas des LR BW sowie der Mitgliederverzeichnisse des Bundesverbands der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie BDLI für das Land Baden-Württemberg, des DESK und der Clusterorganisation Bodensee-Airea ergibt 42 Unternehmen, die neben Produkten für zivile Anwendungsfelder direkt auch mit Angeboten für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie befasst sind. Eine Trennung zwischen ausschließlich militärisch orientierten Produkten bzw. Dienstleistungen und Produkten bzw. Dienstleistungen, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können, kann insbesondere bei Komponenten- und Systemzulieferern und Dienstleistern, etwa für Software, nicht vorgenommen werden.

6. inwiefern eine militärische Verwendung oder eine dual-use-Verwendung von Produkten für die Landesregierung ein Faktor bei der Entscheidung ist, bestimmte Wirtschaftsbranchen organisatorisch, ideell oder finanziell zu unterstützen;

Zu 6.:

Die Entscheidung der Landesregierung, Wirtschaftsbranchen oder einzelne Unternehmen zu unterstützen, richtet sich nicht nach der Frage, ob es dabei um militärische Anwendungen oder dual-use-Anwendungen geht. So sind auf Unternehmen ausgerichtete Förderprogramme des Landes nicht auf ausschließlich mit zivilen Aufgaben befasste Unternehmen beschränkt. Auch die Förderung von wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen beschränkt sich nicht auf Institute, die ausschließlich mit Forschung und Entwicklung im Bereich von Technologien für zivile Einsatzzwecke befasst sind. Im Rahmen der Bund-Länderfinanzierung beteiligt sich das Land an der Grundfinanzierung der Fraunhofer-Institute für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB, für Angewandte Festkörperphysik IAF, für Chemische Technologie ICT und für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut EMI und der DLR-Institute für Technische Physik (Stuttgart) und für KI-Sicherheit (Ulm und St. Augustin, im Aufbau), die sich auch mit militärischen Forschungs- und Entwicklungsthemen auseinandersetzen.

7. inwiefern sie die Einschätzung teilt, dass die Rüstungsindustrie eine absolute High-Tech-Branche ist, die wertschöpfungsintensive, gut bezahlte Arbeitsplätze bietet und signifikante Ausstrahlungen über die eigene Branche hinaus hat;

Zu 7.:

Die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg zeichnen sich durch Produkte mit einem hohen Anteil an Spitzentechnologie aus. Beispiele für Produktkategorien, die in Baden-Württemberg entwickelt und hergestellt werden, sind Lenkflugkörper wie das IRIS-T-System, Radartechnik, Funktechnik, Satellitenkommunikationssysteme, Erdbeobachtungssatelliten, Avioniksysteme und Missionscomputer, Aufklärungssysteme, Verteidigungselektronik, Infrarotsysteme, Wärmebild- und Nachtsichtgeräte, Navigations- und Stabilisationssysteme, Software für Flugüberwachung, Drohnenabwehrsysteme, Militärfahrzeuge insbesondere für Logistikaufgaben, Motoren für Militärfahrzeuge und Kriegsschiffe sowie hochwertige Handfeuerwaffen. Die Unternehmen zeichnen sich durch eine hohe F+E-Quote aus. Produkte der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie müssen auch unter rauen Bedingungen eine jederzeit sichere Funktion mit einem hohen Autonomiegrad bieten. Daher sind für diesen Einsatzzweck entwickelte Technologien auch für andere Branchen, gerade auch im Bereich des Automobilbaus, von hoher Relevanz.

8. inwiefern es in den letzten fünf Jahren Anfragen an die Landesregierung für Finanzierungsunterstützungen von Firmen der Rüstungsindustrie oder Firmen mit dual-use-Produkten gab und wie diese beschieden wurden (bspw. Kredite, Exportfinanzierungen, Bürgschaften, Rückabsicherungen, Fördermittel, etc.);

Zu 8.:

Im Bereich der Darlehensfinanzierungen und der Bürgschaften hat die Landesregierung über die L-Bank und die Bürgschaftsbank in den letzten fünf Jahren insgesamt sieben Anfragen von Unternehmen erhalten, die entweder Dual-Use-Produkte führen oder zur Rüstungsindustrie zählen. Hiervon wurden sechs Anfragen positiv beschieden, davon vier Bürgschaften und zwei Darlehensfinanzierungen. Eine Anfrage zu einer Bürgschaft kam nicht zur Entscheidungsreife, weil das Unternehmen die Anfrage von sich aus zurückzog. Im Programm Invest BW beantragten neun Unternehmen, die sich neben einer vorrangigen Geschäftstätigkeit im zivilen Bereich auch an Kunden im Bereich der Rüstungsindustrie mit Produkten oder Dienstleistungen im Dual-Use-Sinn richten, eine Förderung. Hiervon wurden zwei Anträge bereits positiv beschieden, die weiteren, die auf die Aufrufe im Jahr 2022 eingereicht wurden, sind in Bearbeitung.

9. inwiefern es aktuell oder in den letzten fünf Jahren Aktivitäten der Landesregierung gab, die direkt darauf abzielen, die Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg zu unterstützen;

Zu 9.:

Dr. Patrick Rapp, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, und Roland Weigert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, luden gemeinsam führende Branchenvertreter zum „Runden Tisch Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Bayern und Baden-Württemberg“ ein, in dessen Rahmen am 12. Mai 2022 aktuelle Entwicklungen der Branche, insbesondere auch mögliche Konsequenzen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf die Situation der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie besprochen wurden. Ein weiteres wesentliches Thema des Gesprächs war der Entwurf des von der EU-Kommission eingesetzten Arbeitskreises „Platform on Sustainable Finance“ zum Einbezug von sozialen Belangen in der sogenannten EU-Taxonomie. Das vorgelegte Konzept würde aus Sicht von Branchenvertretern insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der Unternehmen eine substantielle Bedrohung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bedeuten. Die Ergebnisse des „Runden Tisches“ gingen in ein gemeinsames Schreiben der Staatssekretäre Dr. Patrick Rapp und Roland Weigert an den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Sven Giegold ein, in dem sie sich bei der Bundesregierung für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland einsetzen.

Mitglieder der Landesregierung unterstützten darüber hinaus aktiv Technologieprojekte, die sowohl zivile als auch militärische Aufgaben haben. So setzten sich sowohl der Ministerpräsident als auch die Wirtschaftsministerin in mehreren Gesprächen und Schreiben gegenüber dem Bundeskanzleramt und dem Bundeswirtschaftsministerium für das zur Entscheidung stehende Radarsatellitensystem High Resolution Wide Swath (HRWS) ein. Bei HRWS geht es um die Nachfolge der erfolgreichen TerraSAR-X/TanDEM-X-Mission. HRWS soll in öffentlich-privater Partnerschaft zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Bundesministerium für Verteidigung und Airbus Defence and Space (Federführung am Standort Friedrichshafen) realisiert werden.

10. was der aktuelle Stand der angekündigten „Raumfahrtinitiative BW“ (vgl. Stellungnahme zu Ziffern 9 und 10 in Drucksache 17/1285) ist und welche Inhalte diese (voraussichtlich) umfassen wird;

Zu 10.:

Aufgrund des direkten inhaltlichen Zusammenhangs von Luftfahrt und Raumfahrt, sowohl was die beteiligten Unternehmen als auch die dafür erforderlichen Technologien betrifft, wurde der ursprüngliche Vorschlag für eine Raumfahrtinitiative auf das Konzept für eine übergreifende Luft- und Raumfahrtstrategie des Landes Baden-Württemberg erweitert. Ziel ist aus Sicht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministeriums für Verkehr, dass die Luft- und Raumfahrt in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren ihre Stärken nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen und auf neue für die Gesellschaft und die Nachhaltigkeit wesentliche Entwicklungen wie klimaschonende Luft- und Raumfahrt und Datendienste für Umweltbeobachtung, Navigation und Kommunikation ausrichten kann. Das inhaltliche Konzept des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministeriums für Verkehr soll auf den drei Säulen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Kooperation basieren. Im Bereich der digitalen Luft- und Raumfahrt sieht das Konzept der drei Ressorts vor, dass zum einen die Digitalisierung der Branche, insbesondere die Digitalisierung von Prozessen in kleinen und mittleren Unternehmen, vorangetrieben werden, aber auch die Potenziale durch die zunehmende Nutzung von Daten und daraus entstehende neue Geschäftsmodelle gefördert werden. Die nachhaltige Luft- und Raumfahrt soll sich auf die Entwicklung von klimafreundlichen Luft- und Raumfahrttechnologien wie etwa nachhaltig hergestellten Treibstoffen fokussieren. Im Bereich der kooperativen Luft- und Raumfahrt soll die Vernetzung und Sichtbarkeit der Branche erhöht sowie die Zusammenarbeit der Luft- und Raumfahrt mit anderen Branchen gestärkt werden.

11. welche Erwartungen sie an die ESA Ministerratskonferenz im November 2022 in Paris hat und welche Bedeutung deren Ergebnisse für den Luft- und Raumfahrt-Standort Baden-Württemberg haben;

Zu 11.:

Die Landesregierung erwartet, dass durch entsprechende Entscheidungen in der ESA-Ministerratskonferenz Europas Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in der Raumfahrt gesichert wird, insbesondere beim Zugang zum Weltraum, bei Anwendungen und bei kritischen Technologien für zukünftige Missionen. Beispielsweise sollen Initiativen, die sich auf die mit dem Schlagwort „New Space“ bezeichnete Transformation in der Raumfahrt orientieren, intensiver gefördert und der Zugang von KMUs und Start-ups zu ESA-Programmen verbessert werden, mit dem Ziel einer fairen Vergabe unter den Raumfahrt-Akteuren. Um dies zu unterstützen, sollte der deutsche Beitragsanteil zur ESA strategisch angehoben werden, mit dem Ziel, die führenden Rollen der deutschen Raumfahrt bei Anwendungen und Basisprogrammen zu sichern.

Positive Entscheidungen des ESA-Ministerrats im Bereich des unabhängigen Zugangs Europas zum Weltraum für alle relevanten Nutzlastbereiche können sich positiv auf Organisationen wie das DLR-Institut für Raumfahrtantriebe in Lampoldshausen, den Standort Lampoldshausen der ArianeGroup und das Start-up HyImpulse auswirken. Eine stärkere finanzielle Unterstützung der Entwicklung von Technologien für Konstellationen aus wirtschaftlichen, rückführbaren Satelliten, wie neue Design- und Materialansätze, Elektronik aus Non-Space-Industrien und intelligente Produktionsverfahren, dient direkt dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit einer überwiegenden Zahl der Raumfahrtunternehmen in Baden-Württemberg. In weiteren Projektfeldern wie der Erdbeobachtung, der Satellitenkommunikation und den Fernerkundungsmissionen könnten Raumfahrtakteure des Landes durch ihre spezifischen Kompetenzen direkt von positiven Projektentscheidungen des ESA-Ministerrats profitieren.

12. in welcher Form sie sich in diese Ministerratskonferenz bereits eingebracht hat oder noch einzubringen plant.

Zu 12.:

Die drei führenden Raumfahrtländer Baden-Württemberg, Bayern und Bremen richteten jeweils im Vorfeld der letzten Ministerratstagungen der ESA gemeinsame Empfehlungen an die Bundesregierung zu den dort geplanten Programm-Entscheidungen. Vor dem kommenden ESA-Ministerrat erarbeiteten die drei Länder ebenfalls wieder ein Positionspapier, das die Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg und Bayern und der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen am 20. Juli 2022 an den Bundeskanzler versendeten. Parallel wurde das Positionspapier von Ministerin Dr. Hoffmeister Kraut, Minister Aiwanger und der Senatorin Vogt an Bundesminister Dr. Habeck adressiert. Vertreter der Wirtschaftsressorts der drei Länder werden im September ein Gespräch mit Dr. Walther Pelzer, Mitglied des Vorstands des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) und Leiter der Deutschen Raumfahrtagentur im DLR, führen, um Bedarfe und Anforderungen der drei führenden Raumfahrt-Bundesländer zu konkretisieren.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus